

Runter vom Gas, weg vom Öl!

Verbändebündnis fordert Tempolimits zwecks Vermeidung von Verkehrstoten und Klimaschäden

Von Ralf Wurzbacher

Besondere Zeiten, besondere Schulterschlüsse. Die Internationale Energieagentur (IEA) dringt – wie hierzulande ein breites Verbändebündnis – auf ein Tempolimit auf den Straßen. Die Vorstöße sind nicht abgestimmt, und die Anlässe dafür sind auch verschieden. Aber sie eint eine bittere Ironie: Globale Krisen und Konflikte sind offenbar die besten Zeiten für den Klimaschutz. Der Krieg in und um Iran sei die »größte Bedrohung für die weltweite Energiesicherheit aller Zeiten«, warnte dieser Tage IEA-Exekutivdirektor Fatih Birol. Bis zu sechs Monate könne es dauern, die Öl- und Gasflüsse aus der Golfregion wiederherzustellen. Deshalb brauche es mehr Homeoffice, einen stärkeren Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel sowie einen reduzierten Spritverbrauch. Konkret sollten bestehende Geschwindigkeitsbeschränkungen um weitere mindestens zehn Kilometer pro Stunde verschärft werden.

Birols Vorschläge sind auf die 32 IEA-Mitgliedsstaaten gemünzt. Deutschland ist eines davon, allerdings das einzige ohne generelles Tempolimit auf den Autobahnen. Hier bestimmt nach wie vor der Bleifuß über den CO₂-Ausstoß, und auch die aktuelle Bundesregierung denkt nicht daran, das zu ändern. Oder tut sie es insgeheim doch, schließlich rät inzwischen sogar das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) dazu? Die IEA-Empfehlungen seien »kein nettes Symbol, sondern überfällige Sofortmaßnahmen«, gab die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) DIW-Energieexpertin Claudia Kemfert wieder. »Wer das als ›nicht umsetzbar‹ abtut, verweigert die Realität.« Man darf gespannt sein, wie lange sich Union und SPD noch in ihrer SUV-Wagenburg verschanzen.

Zum überfälligen Handeln forderten am Montag 13 Verbände aus den Bereichen Umweltschutz und Verkehr unter Federführung der Deutschen Umwelthilfe (DUH) auf. Nötig seien eine sofortige Senkung der Höchstgeschwindigkeit außerorts von 100 auf 80 Kilometer pro Stunde, mehr Zonen mit Tempo 30 innerorts sowie die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung des Aktionsbündnisses. Die Maßnahmen seien »nahezu kostenfrei« und »sofort umsetzbar«. Mit ihnen ließen sich jährlich Hunderte Verkehrstote und Tausende Schwerstverletzte vermeiden. Dazu sparten sie jährlich bis zu 11,7 Millionen Tonnen CO₂ und verringerten die Abhängigkeit von Ölimporten. Der Appell richtet sich an die am Mittwoch und Donnerstag in Lindau am Bodensee tagende Verkehrsministerkonferenz (VMK). Schon seit Jahren beschäftigten sich deren Vertreter mit der Erhöhung der Verkehrssicherheit, schreibt die Initiative.

Berichte, wonach weniger Tempo ein Mittel der Wahl sein müsste, habe die VMK bisher »nur zur Kenntnis genommen«.

Am Zusammenschluss beteiligt sind unter anderem der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Greenpeace Deutschland, Robin Wood, der Verkehrsclub Deutschland (VCD), die Initiative für sichere Straßen und die Verkehrsunfall-Opferhilfe Deutschland (VOD). Laut deren Vorstandsmitglied Wulf Hoffmann sei »die Korrelation zwischen Geschwindigkeit und schweren Unfallfolgen mit diversen Studien belegt«. Hier sei anzusetzen, »um der Vision Zero näher zu kommen«. Eben diesem Ziel, also null Verkehrstote, hat sich eigentlich auch die Bundesregierung verschrieben. »Fast 60 Prozent aller tödlichen Verkehrsunfälle passieren auf Landstraßen, bei mehr als einem Drittel war zu schnelles Fahren die Hauptursache«, äußerte sich die Vorsitzende des Verkehrsclubs, Christiane Rohleder. »Wie lange wollen wir noch den Tod so vieler Menschen im Straßenverkehr hinnehmen?«

Immerhin wird »Verkehrssicherheit auf Landstraßen« ein Thema bei der VMK-Tagung sein, ein anderes der »Anstieg der Kraftstoffpreise im Zuge des Iran-Krieges«. Womöglich bekommt man beide Aspekte unter einen Hut: Nach Angaben der Energieagentur ließen sich mit einer Senkung der Geschwindigkeit um nur zehn Kilometer pro Stunde bei Pkw unmittelbar fünf bis zehn Prozent des Benzinverbrauchs einsparen. Ferner plädiert die IEA für günstigere oder kostenlose Angebote im Personennahverkehr, die Förderung von Fahrgemeinschaften, die Reduktion von Geschäftsreisen per Flugzeug sowie begrenzte Fahrverbote. In Deutschland dagegen wird über »Spritpreisbremsen« durch Steuersenkungen oder das Aussetzen der CO₂-Abgabe diskutiert - mit durchgedrücktem Gaspedal.

<https://www.jungewelt.de/artikel/519743.verkehrs-und-umweltpolitik-runter-vom-gas-weg-vom-öl.html>